

MUSEUM
UTOPIE

UND
ALLTAG

www.utopieundalltag.de

rbb Doku-Podcast

»Liechtenstein in Stalinstadt«

Folge 2

Utopie und Alltag

Folge 2 – Utopie und Alltag

Informationen zu Stalinstadt/ Eisenhüttenstadt:

Eisenhüttenstadt

Um der DDR eine eigene Roheisenbasis zu verschaffen, wird 1950 im Osten Brandenburgs ein großes Eisen- und Stahlwerk errichtet. Zusammen mit dem Werk entsteht eine Arbeiterstadt, gedacht für zunächst 25.000 Menschen. Der Grundstein zum ersten Wohnhaus der Stadt wird im Februar 1951 gelegt. Ab 1953 wird sie Stalinstadt genannt, 1961 unter Eingemeindung der nahe gelegenen Kleinstadt Fürstenberg in Eisenhüttenstadt umbenannt.

Die »erste sozialistische Stadt Deutschlands« ist ein Prestigeprojekt der DDR. Für ihre Gestaltungsmaximen orientiert man sich an sowjetischen Leitbildern, die von Architekten und Funktionären der DDR nach einer Moskaureise im Frühjahr 1950 in den »16 Grundsätzen des Städtebaus« zusammengefasst werden. Das Regelwerk bezieht sich auf die Gesamtstruktur der Städte – Ausbildung eines dominierenden Zentrums, Gliederung in Wohnkomplexe – wie auch auf die architektonische Formensprache der Gebäude – nationale Bautraditionen statt modernistischer – »formalistischer« Architektur.

Der Stadtplan von Eisenhüttenstadt umfasst vier um das Zentrum herum gruppierte Wohnkomplexe sowie eine Fest- und Aufmarschstraße, die zugleich die Hauptschlagader der Stadt ist. Vom aufwendig geplanten, jedoch nie realisierten zentralen Demonstrationsplatz am Haus der Parteien (Rathaus) ausgehend, ist die sogenannte Magistrale auf das Eisenhüttenkombinat ausgerichtet. So macht sie die Beziehung von Stadt und Werk buchstäblich »erfahrbar«. Die Wohngebiete der Stadt werden vom Durchgangsverkehr freigehalten. Hofdurchgänge vernetzen sie untereinander. Die Häuserfluchten rahmen die Straßen, sind jedoch durch schmale Grünstreifen von ihnen abgesetzt. Parkartige, unregelmäßig bepflanzte Anlagen befinden sich im Inneren der Wohnquartiere. Weiträumige Erholungsgebiete befinden sich am



Eisenhüttenstadt, Anfang/Mitte der 1960er Jahre; HO-Gaststätte »Der Aktivist«, Foto: Walter Fricke © Stadtarchiv Eisenhüttenstadt

Rande der Stadt, so im Süden die Diehloer Berge, eine eiszeitliche Hügelkette, die einen weiten Blick über das sonst recht ebene Stadtgebiet eröffnet. Wichtigster und noch heute legendärer Begegnungsort der Stadt war die palastartig gestaltete Großgaststätte »Aktivist«, mit einem Restaurant, einem Tanzkaffee und einem Schanklokal (»Bierschwemme«). Für private und betriebliche Feiern galt sie vor allem im Aufbaujahrzehnt der Stadt als erste Adresse. (AD)

Das Eisenhüttenkombinat Ost

Nach dem Vorbild der UdSSR investierte die DDR zunächst vor allem in den Auf- und Ausbau der Grundstoffindustrie. Da in Ostdeutschland nahezu keine eisenerzeugende Industrie vorhanden war, wurde ab August 1950 eine große neue Produktionsstätte auf ‚grüner Wiese‘ errichtet, das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO). Bei Fürstenberg, unweit des Abzweigs der Oder in den Oder-Spree-Kanal platziert, sollte das Werk die Rohstoffe aus den »sozialistischen Bruderländern« Sowjetunion (Erz) und Polen (Kohle) erhalten. Mit dem EKO entstand als Wohnstadt das heutige Eisenhüttenstadt. Im August 1954 ging der sechste und letzte Hochofen in Betrieb. Mit jedem weiteren Ausbauschnitt des Werks – Kaltwalzwerk 1960er, Verzinkungsanlage 1970er,

Konverter-Stahlwerk 1980er Jahre – wuchs ebenfalls die benachbarte Arbeiterstadt. Eine für die Rentabilität des Produktionsstandorts entscheidende Komponente, das Warmwalzwerk, konnte vor dem Ende der DDR nicht errichtet werden. 1990 arbeiteten 12.000 Menschen im EKO. (AD)

Baubezogene Kunst und Freiflächengestaltung

Die »erste sozialistische Stadt Deutschlands« wurde reich mit bildkünstlerischen Werken ausgestattet. Bereits 1952 entstanden in der ersten Schule der Stadt großflächige Wandbilder. Gleich drei prominente Arbeiten schuf Walter Womacka: ein Buntglasfenster in der Kinderkrippe des II. Wohnkomplexes (heute Ausstellungsgebäude des Museums Utopie und Alltag, 1955) und zwei monumentale Wandmosaiken im Haus der Partei (Rathaus, 1959) sowie an der Magistrale (Lenin-Allee, heute Lindenallee, 1965). Wandbilder und plastische Arbeiten ohne vordergründigen politischen Inhalt zieren Wohnbereiche und die gärtnerisch teils aufwendig gestalteten Freiflächen, so das Gartenfließ (Diehloer Straße). Einige der beteiligten Künstler wohnten und arbeiteten selbst in Eisenhüttenstadt: Herbert Burschik, Otto Schutzmeister und Sepp Womser. (AD)



Eisenhüttenstadt, Anfang/Mitte der 1960er Jahre; in Bildmitte ein Blick auf ein Mosaik von Walter Womacka, Foto: Walter Fricke © Stadtarchiv Eisenhüttenstadt



Lageplan der ausgeführten Bauten in Stalinstadt, Juni 1960, © Stadtarchiv Eisenhüttenstadt

Informationen und Begriffe zum historischen Kontext:

Ausbildung Künstler*innen, Verband Bildender Künstler der DDR

»Der Verband Bildender Künstler der DDR (VBK) wurde am 17./18. Juni 1950 als Berufsorganisation der Bildenden Künstler gegründet und war Teil des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Voraussetzung für die Aufnahme im VBK war ein abgeschlossenes künstlerisches Fach- oder Hochschulstudium oder die Prüfung durch eine der Sektionsleitungen. Der Aufnahme als vollwertiges Mitglied des Verbandes ging eine Phase der Kandidatur voraus. Die Mitgliedschaft eröffnete den Zugang zum staatlichen Kunsthandel. Die Vergabe öffentlicher Aufträgen erfolgte nur an im Verband organisierte Künstlerinnen und Künstler. Zum Zeitpunkt seiner Auflösung 1990 hatte der VBK ca. 6.000 Mitglieder.«

Quelle: <https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/glossary/72>

Kulturpaläste und Laienkunst

»Die Besonderheiten in den Bemühungen um kulturelle Teilhabe in der DDR bestanden aus heutiger Sicht und im Unterschied zur BRD vor allem darin, dass nicht nur die Zielgruppen Kinder und Jugendliche kulturelle Bildung erfahren sollten, sondern die gesamte Bevölkerung und vor allem die Arbeiter- und Bauernklasse adressiert wurde. Die betriebliche Kulturarbeit, die sowohl die Rezeption von Kunst und Kultur als auch die eigene ästhetische, künstlerische und handwerkliche Tätigkeit umfasste, war Kernstück der DDR-Kulturpolitik. [...] Um alle DDR-Bürgerinnen und Bürger alltagsnah erreichen zu können, wurde ein flächendeckendes Netz von multifunktionalen Kulturhäusern und Klubs errichtet, deren Veranstaltungen von Lesungen, Theater, Kino bis zu Tanz, Disko und Festen reichten und die ferner Raum für diverse künstlerische und handwerkliche Hobbys und deren öffentliche Präsentation boten.«

Quelle: Mandel, Birgit/ Wolf, Birgit (2020): Staatsauftrag »Kultur für Alle«, Bielefeld: transcript Verlag, S. 32 f.

Enteignung / Volkseigentum

»In den ehemaligen sozialistischen Staaten (z.B. die Deutsche Demokratische Republik) befanden sich nahezu alle Produktions- und Infrastruktureinrichtungen in sog. Volkseigentum, d.h. die Industriebetriebe und Transporteinrichtungen, Berg- und Kraftwerke, Banken, Versicherungen etc. gehörten nach dem Grundsatz »Was allen dient, soll allen gehören« dem gesamten Volk.«



Wohnkomplex II, erbaut 1953/54, 1960er Jahre, Foto: Walter Fricke
© Stadtarchiv Eisenhüttenstadt

»Die Enteignung nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Sowjetischen Besatzungszone, später das Gebiet der DDR, begann bereits 1945. »Bereits im ersten halben Jahr der Besatzungszeit enteignete die ›Sowjetische Militäradministration‹ (SMAD) zahlreiche Betriebe, die NS-Funktionären oder dem Staat selbst gehört hatten. Ehemalige Rüstungsbetriebe wurden in ›Sowjetische Aktiengesellschaften‹ umgewandelt, die bevorzugten Zugang zu Ressourcen besaßen und direkt für den Bedarf der UdSSR produzierten. Betroffen von dieser Order, die dem SMAD-Befehl vom 5. Juni 1946 folgte, waren etwa 200 Großbetriebe. Die DDR kaufte bis 1952 136 dieser Betriebe von der Sowjetunion zurück. [...] Allerdings wirkte sich die in der Bodenreform durchgesetzte Enteignung allen Grundbesitzes über 100 Hektar sehr negativ aus. Viele der aus diesen geschaffenen kleinbäuerlichen Stellen, auf denen häufig Flüchtlinge und Vertriebene angesiedelt wurden, konnten keine befriedigende Produktion in Gang setzen, da es an den geeigneten Geräten oder Maschinen fehlte. Mit der Kollektivierung in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) wurden größere Einheiten geschaffen. Ab 1950 wurde dann verschärft gegen sogenannte ›Großbauern‹ polemisiert; Ablieferungssolls wurden zu Druckmitteln gegen politisch Missliebige. Missernten oder Schädlingsplagen wurden als Sabotageakte von Regimegegnern und westdeutschen Spionen dargestellt.«

Quelle: Kimmel, Elke (2005): Nachkriegssituation in der SBZ/DDR, In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Der Marshallplan – Selling Democracy (2005), Bonn: bpb. Online publiziert: <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/marshallplan/40067/nachkriegssituation-in-der-sbz-ddr/>

Vertiefung: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/ddr-bodenreform-und-gruendung-von-lpg>

Wilhelm Pieck

1876–1960, 1918 Mitbegründer der »Kommunistischen Einheitspartei Deutschlands« (KPD). Als Vorsitzender des ZK der KPD forcierte Pieck 1945/46 den Prozess der Vereinigung mit der SPD und nimmt entscheidenden Einfluss auf die Ausarbeitung der »Grundsätze und Ziele« der Einheitspartei und des Parteistatuts. 1946 Pieck wird gemeinsam mit Otto Grotewohl Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). 1949 wird Wilhelm Pieck von der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gewählt. 1957 Wiederwahl. Wilhelm Pieck war der erste und einzige Präsident der DDR.

Zusammengefasst nach: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/wilhelm-pieck>

Ministerium für Staatssicherheit / umg. »Stasi«

»Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wurde Anfang der 1950er Jahre in der DDR gegründet. Zur Verhinderung einer »Konterrevolution« erhielt die Staatssicherheit zwei zentrale Aufgaben. Sie entwickelte sich zu einem allgegenwärtigen Geheimdienst und einer einschüchternden Geheimpolizei ohne rechtsstaatliche und mediale Kontrolle. Auftraggeber war allein die Führung der SED, auch in den DDR-Bezirken. Zugleich fungierte die Stasi als Hilfsorgan des sowjetischen Geheimdienstes KGB, mit dessen Hilfe und nach dessen Vorbild sie entstand.«

Quelle: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/218372/die-angstmacher-stasi-was-war-das/>

»Die Stasi war fest in die Sicherung der Grenzanlagen eingebunden: Sie beobachtete die dort stationierten Grenztruppen, übernahm mit eigenem Personal die Passkontrollen an den Grenzübergängen und sollte vor allem Republikfluchten möglichst schon im Ansatz verhindern.

Grenzsicherung bezog die Geheimpolizei dabei auf das gesamte Gebiet der DDR. Dies umfasste vielfältige Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen. Das MfS koordinierte zudem das Zusammenwirken von Grenztruppen, Volkspolizei sowie beteiligten zivilen Stellen. Das Ministerium überwachte die Planung sowie die Erfüllung der Aufgaben dieser Institutionen.

Wenn Flüchtende an der innerdeutschen Grenze verletzt oder getötet wurden, versuchte das MfS politischen Schaden von der DDR abzuwenden. Wenn es politisch vorteilhaft erschien, leitete das Ministerium strafrechtliche Ermittlungen ein. Schriftliche Anweisungen zur Vertuschung solcher »politisch bedeutsamer Vorkommnisse« sind kaum überliefert. Für die



Eisenhüttenstadt, Anfang/Mitte der 1960er Jahre; in Bildmitte das Hotel Lunik, rechts davon das Kaufhaus Magnet (beide rahmen die Mündung der Magistrale am zentralen Platz), Foto: Walter Fricke © Stadtarchiv Eisenhüttenstadt

beteiligten »Sicherheitsorgane« war es selbstverständlich, dass diese Fälle geheim bleiben mussten. Konkrete Einzelfälle zeigen indes, dass der Umgang mit den Opfern des Grenzregimes keineswegs dem Zufall überlassen wurde.«

Quelle: <https://www.stasi-mediathek.de/sammlung/innerdeutsche-grenze-und-berliner-mauer/>

Staatsjugend in Uniform / Junge Pioniere / Freie Deutsche Jugend

»Mehr als 90 Prozent der Kinder waren Mitglieder der Jungen Pioniere und hatten sich mit ihrem Gelöbnis verpflichtet, dem Staat zu dienen. Mit zehn Jahren wurden sie in die Thälmann-Pioniere aufgenommen und ab der achten Klasse in die FDJ (Freie Deutsche Jugend). Die Mitgliedschaft beinhaltete die Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten wie malen oder Altstoff sammeln, Geld für gute Zwecke sammeln oder Menschen helfen, aber auch Gruppenaktivitäten, Ausflüge und vorberufliche Ausbildung.« [...] »Nach dem Vorbild der sowjetischen Komsomol aufgebaut, war die FDJ allgegenwärtig und verfolgte das Ziel, sozialistisches Denken und Verhalten zu vermitteln.«

Quelle: Jampol, Justinan (2014): *Jenseits der Mauer. Kunst und Alltagsgegenstände aus der DDR*, Köln: Taschen Verlag.

Jugendweihe

Die Jugendweihe war bereits im 19. Jahrhundert eine nationale Tradition der freireligiösen Gemeinden, schließlich von der Arbeiterbewegung übernommen und somit ins 20. Jahrhundert überführt. 1946 wurden dann vom Deutschen Freidenkerverband die ersten Jugendweihen in der DDR durchgeführt. Seit den

1950er Jahren wurden die Jugendweihen staatlich organisiert, waren Teil einer Kampagne zur Verdrängung christlich-religiöser Riten. Die Rituale von Jugendweihe und Konfirmation sind durchaus vergleichbar: Dem aufwendig gestalteten Festakt ging eine einjährige Vorbereitung durch Jugendstunden voraus. Der feierliche Eintritt in eine neue Lebensphase wurde bei der Jugendweihe durch ein Gelöbnis auf den sozialistischen Aufbau besiegelt, statt einem Bekenntnis zum christlichen Glauben, wie es bei der Konfirmation der Fall wäre.

Zusammenfassung nach: Dietrich,
Gerd (2018): Kulturgeschichte der
DDR, Band I, Paderborn:
Vandenhoeck & Ruprecht, S. 563 ff.

Polytechnische Oberschule

»Die ›allseitig und harmonisch entwickelte sozialistische Persönlichkeit‹ – dieses ehrgeizige Ziel formulierte das Bildungsgesetz der DDR im Februar 1965. Zu diesem Zeitpunkt hatte es bereits einige entscheidende Umgestaltungen im Erziehungswesen gegeben, die auf ein ›einheitliches sozialistisches Bildungssystem‹ abzielten. [...] Ein Schritt war die Einführung der Einheitsschule: An diesen Polytechnischen Oberschulen (POS) wurden alle Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet. Erst danach fiel die Entscheidung, wer an eine der Erweiterten Oberschulen (EOS) delegiert wurde, und wer eine Ausbildung begann. [...] Nur wenige Schülerinnen und Schüler durchliefen die zweijährige Ausbildung an der EOS und schlugen damit den direkten Weg zum Abitur und zum Universitätsstudium ein.«

Quelle: Kimmel, Elke (2012): Allseitig
gebildet, In: Kat. Alltag: DDR (2012),
Berlin: Ch. Links Verlag, S. 137 ff.

FKK

Abkürzung für Freie Körperkultur. Eine nudistische Bewegung, die ihre Wurzeln in der Reformbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts hatte. Zur Zeit der DDR war FKK vor allem im Freizeitbereich weitverbreitet, d.h. beim Baden und Schwimmen in den Sommermonaten oder im Urlaub. Noch heute sind weite Strecken der Ostsee-Strände als FKK-Strände ausgewiesen. (SK)

»Liechtenstein in Stalinstadt«

Eine Produktion von Studio Jot, gefördert durch Kultur.Gemeinschaften im Auftrag des Museum Utopie und Alltag und des Rundfunk Berlin-Brandenburg, 2022.



KULTUR.GEMEINSCHAFTEN



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



KULTUR
STIFTUNG • DER
LÄNDER

Sonderausstellung: »Ohne Ende Anfang.
Zur Transformation der sozialistischen Stadt«, zu sehen
bis 29.5.2022 in Eisenhüttenstadt.

Das Museum Utopie und Alltag vereint das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt und das Kunstarchiv Beeskow – Einrichtungen getragen vom Landkreis Oder-Spree und gefördert durch das Land Brandenburg.